

Chancen für alle – Bildung. Arbeit. Wohlstand.



Beschluss des 21. Parteitages
der CDU Deutschlands

CDU

CHANCEN FÜR ALLE - BILDUNG. ARBEIT. WOHLSTAND.

Die Menschen in Deutschland können wieder optimistisch in die Zukunft schauen. Deutschland befindet sich im Aufschwung. Die Politik des „Reformierens, Sanierens und Investierens“ ist erfolgreich. Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik gab es einen höheren Beschäftigungsstand. Noch nie seit der Wiedervereinigung ist die Arbeitslosigkeit so stark zurückgegangen. Mehr Jugendliche kommen in Arbeit, mehr ältere Arbeitnehmer sind wieder ins Erwerbsleben integriert. Das zeigt: Der Aufschwung kommt bei den Menschen an.

Kurs halten – Grundlagen des Aufschwungs stärken

Wir dürfen den Aufschwung jetzt nicht verspielen, sondern müssen ihn stärken. Die SPD stellt in diesen Tagen und Wochen vieles in Frage. Die CDU wird Kurs halten. Mit uns wird es eine Abkehr von dem Kurs der Mitte, der die Wachstumskräfte in unserem Land stärkt und jedem Einzelnen Chancen eröffnet, nicht geben.

Wir sehen die große Koalition in der Verantwortung, sich den Herausforderungen zu stellen. Dies gelingt nicht ohne das Vertrauen der Menschen. Vertrauen baut auf Verlässlichkeit auf. Deshalb macht die CDU deutlich, wofür sie eintritt und sagt genauso klar, was mit ihr nicht zu machen ist.

Wir wollen Arbeit für alle und Chancen für alle. Dabei stehen für uns folgende Handlungsfelder im Vordergrund.

1. Solide Staatsfinanzen

Generationengerechtigkeit beginnt mit einer soliden Haushaltspolitik. Verschuldung ist unsozial. Wir können uns nur so viel leisten, wie wir leisten.

Was mit uns nicht zu machen ist

Die Mentalität, Wünschenswertes mit Schulden zu finanzieren und Mehreinnahmen für Konsumausgaben zu verplanen, muss durchbrochen werden. Eine Abkehr vom Kurs der Haushaltskonsolidierung verbunden mit falschen Versprechungen ist mit uns nicht zu machen.

Wofür wir eintreten

Unser Ziel ist Schritt für Schritt den Haushalt zu konsolidieren und Handlungsspielräume zu vergrößern: Das Ziel, spätestens 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen, darf auf keinen Fall gefährdet werden. Zudem setzen wir uns für ein grundsätzliches Neuverschuldungsverbot ein, das die Möglichkeiten der Neuverschuldung auf unabwiesbare Ausnahmestände begrenzt.

2. Senkung der Lohnzusatzkosten

Ein Prozent weniger Lohnzusatzkosten schafft bis zu 100 000 neue Stellen. Wir haben deshalb den Arbeitslosenversicherungsbeitrag in einem Jahr fast halbiert – von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent zum 1. Januar 2008. Bürger und Unternehmen werden ab dem nächsten Jahr um über 12 Mrd. Euro netto gegenüber dem Beginn dieser Legislatur entlastet. Für einen Durchschnittsverdiener bedeutet dies 270 Euro mehr netto im Jahr!

Die Lohnzusatzkosten sind durch die bislang getroffenen Maßnahmen insgesamt unter 40 Prozent gesenkt, der Arbeitgeberbeitrag liegt schon seit Anfang dieses Jahres unter 20 Prozent. Dies bringt mehr Nettolohn für Arbeitnehmer und weniger Lohnkosten für Arbeitgeber.

Was mit uns nicht zu machen ist

Ein Aufweichen der Grundsatzentscheidung zur Rente mit 67 lehnen wir ab. Mit der Reform schaffen wir Stabilität und Verlässlichkeit im Rentensystem. Ebenso wenig wird es mit uns eine erneute Diskussion über die beschlossene Gesundheitsreform geben. In einem ersten Schritt werden endlich zum 1. Januar 2009 die Beiträge für die Krankenversicherung von den Arbeitskosten entkoppelt. Das war lange überfällig und stabilisiert die Beiträge.

Wofür wir eintreten

Wir werden den Kurs der Beitragssenkung konsequent fortsetzen. Wenn es zum 1. Januar 2009 zusätzliche Spielräume für eine weitere Senkung bei den Sozialversicherungsbeiträgen gibt, werden wir diese nutzen.

3. Aufstieg und Teilhabe durch Bildung

Leistung und Begabung sollen über die Zukunft entscheiden, nicht Herkunft und Vermögen. Deshalb stehen wir für eine Gesellschaft, die jedem Chancen und Aufstieg eröffnet. Jedem

muss zu jeder Zeit der Aufstieg durch Bildung offen stehen. Wir bekennen uns zu Leistungseliten.

Was mit uns nicht zu machen ist

Wir lehnen die Einheitsschule für alle ab. Wir stehen zur Vielfalt der Bildungswege in Deutschland. Eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage lehnen wir ebenso ab wie eine allgemeine Subventionierung betrieblicher Ausbildung.

Wofür wir eintreten

Wir wollen die Halbierung der Zahl der Schulabbrecher erreichen. Dazu gehören mehr Praxisangebote schon in der Schule. Dies muss jetzt zügig umgesetzt werden.

Um die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen zu erhöhen, führen wir den Ausbildungspakt fort. Auch er hat in diesem Jahr dazu geführt, dass über eine halbe Million Lehrstellen bereitgestellt worden sind. Für uns ist aber auch klar: Neben den Unternehmen müssen auch die Gewerkschaften ihren Beitrag leisten. Es ist nicht akzeptabel, dass die Vertreter der Arbeitnehmer abseits stehen. Die Gewerkschaften sollen dem Ausbildungspakt für junge Menschen beitreten.

Damit Altbewerber mit schlechten persönlichen Chancen auf dem Ausbildungsmarkt einen Berufsabschluss erreichen können, wollen wir Betriebe, die diesen benachteiligten jungen Menschen einen Ausbildungsvertrag geben, in einer zeitlich befristeten Kraftanstrengung gezielt unterstützen.

Jeder Mensch muss unabhängig von seinem Alter und seinem Abschluss die eigene Qualifikation verbessern können. Wer den Berufsabschluss hat, muss den „Meister“ machen können. Wer Facharbeiter oder Handwerksgeselle ist und die entsprechenden Voraussetzungen mitbringt, muss studieren können. Deshalb streben wir eine Weiterentwicklung des „Meister-BAföG“ an. Wir wollen, dass begabten und motivierten Absolventen der Berufsbildung überall faire und transparente Zugangsbedingungen zu Hochschulen offen stehen.

Für Kinder und junge Menschen aus Migrationsfamilien und aus sogenannten bildungsfernen Familien sind Bildung und Ausbildung die zentralen Instrumente für Integration in die Gesellschaft und Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt. Unser Ziel ist, den Anteil der Migranten an den

verschiedenen Qualifikationsstufen deutlich zu erhöhen und dem Bevölkerungsdurchschnitt anzunähern. Dazu bedarf es mehr individueller Förderung. Am Anfang steht das Beherrschen der deutschen Sprache. Wir wollen, dass künftig kein Kind mehr seinen Schulbesuch ohne ausreichende Sprachkenntnisse beginnt. Und wir setzen uns dafür ein, dass auch die Eltern dieser Kinder die deutsche Sprache erlernen.

4. Vorfahrt für Arbeit!

Flexibilität und Sicherheit sind die Leitplanken unserer Arbeitsmarktpolitik. Dabei müssen sowohl die Arbeitssuchenden die Chance bekommen, einen Arbeitsplatz zu finden als auch die Beschäftigten die nötige Sicherheit des Arbeitsplatzes erhalten.

Was mit uns nicht zu machen ist

Wer Unternehmen zwingen will, einen Lohn zu zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt dafür, dass viele Menschen gar keinen Lohn mehr bekommen. Deshalb wird es mit der CDU Mindestlöhne, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln, nicht geben.

Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Viele Arbeitnehmer finden erst über die Zeitarbeit wieder eine Festanstellung. Wir werden nicht zulassen, dass diese insgesamt positive Entwicklung durch neue Strangulierungen, wie sie der SPD-Parteitag beschlossen hat, abgewürgt wird.

Wofür wir eintreten

Die rd. 80 Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen einer strikten Prüfung unterzogen werden. Das, was sich als wirksam erweist, wird fortgesetzt. Das, was unwirksam und ineffizient ist, wird abgeschafft. Eine deutliche Reduzierung der Arbeitsmarktinstrumente auf weniger als die Hälfte ist sinnvoll und möglich.

Wir brauchen ein verständliches Arbeitsgesetzbuch, das insbesondere in kleinen und mittelständischen Betrieben Beschäftigung sichert und fördert und das Arbeitsrecht handhabbarer macht. Es geht um einen fairen Ausgleich zwischen den legitimen Schutzbedürfnissen der Arbeitnehmer und den Beschäftigungschancen der Arbeitssuchenden. Jeder Beschäftigte und jeder Arbeitssuchende muss auf den ersten Blick erkennen können, welche Rechte und welche

Pflichten er hat. Jeder Unternehmer muss wissen, was bei einer Neueinstellung auf ihn zukommt.

Sittenwidrige Löhne müssen verboten werden. Die CDU setzt sich für ein Mindesteinkommen in Deutschland ein. Für uns gilt: Wer arbeitet muss mehr haben, als wer nicht arbeitet. Um Arbeitsplätze auch für Geringqualifizierte zu sichern oder zu schaffen, soll sich das Mindesteinkommen aus einer Kombination von Lohn und Lohnzuschuss zusammensetzen.

Wir wollen eine Änderung der Hinzuverdienstregeln im Bereich des Arbeitslosengeldes II. Es sind mehr Anreize notwendig, nicht in Passivität oder Minijobs zu verharren, sondern Hinzuverdienste und Arbeitseinsatz in Richtung einer Vollerwerbstätigkeit zu steigern.

Die Teilhabe von Arbeitnehmern an Gewinn und Kapital ihrer Unternehmen ist eine Antwort auf die veränderten Arbeitsbedingungen in der globalisierten Welt. Sie bietet den Arbeitnehmern die Chance, privates Vermögen aufzubauen. Dieser Investivlohn kann Arbeitsplätze sicherer machen, weil er zudem die Identifikation zwischen Unternehmen und Mitarbeitern erhöht. Unser zentraler Ansatz zur Förderung dieser Form der Arbeitnehmerbeteiligung ist die nachgelagerte Besteuerung.

Der Kurs Vorfahrt für Arbeit ist zugleich ein wichtiges Signal für die Rentenversicherten: Je mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, desto höhere mögliche Rentensteigerungen. Je mehr Einzahler, desto stabiler die Rentenbeiträge.

Unsere Beschlüsse von Leipzig, Düsseldorf und Dresden stehen für Vorfahrt für Arbeit und geben den richtigen Rahmen für Sicherheit und Flexibilität am Arbeitsmarkt vor.

5. Attraktive Steuerpolitik

Die Steuerpolitik ist ein zentraler Hebel zur Aktivierung unserer Volkswirtschaft, zur Leistungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft und zur Handlungsfähigkeit des Staates.

Was mit uns nicht zu machen ist

Plänen der SPD zur Erhöhung der Einkommenssteuer sowie zur erneuten Erhebung und Verbreiterung einer Vermögenssteuer erteilen wir eine klare Absage. Deutschland braucht keine Neiddebatten, sondern ein Bekenntnis zu Leistung und Verantwortung.

Wofür wir eintreten

Die Reform der Unternehmensteuer stärkt den Standort Deutschland: Internationale Unternehmen aber auch der Mittelstand finden verbesserte Rahmenbedingungen, um in unserem Land zu investieren.

Wir halten fest am Ziel einer Einkommenssteuerreform nach den Prinzipien: einfach, niedrig, gerecht. Ein Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen fördert Leistung und Initiative und ermöglicht, Vorsorge zur Absicherung von Lebensrisiken zu treffen.

Die Bundesregierung fördert steuerlich haushaltsnahe Dienstleistungen, private Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen und Kinderbetreuungskosten. Wir wollen neue Beschäftigungschancen schaffen, in dem wir Privathaushalte als Arbeit- und Auftraggeber steuerlich fördern. Dadurch machen wir legale Arbeit attraktiver und dämmen die Schwarzarbeit ein. Aufwendungen privater Haushalte für sozialversicherungspflichtige oder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sollen zukünftig uneingeschränkt von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abgezogen werden können, Aufwendungen für Aufträge im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen sollen zu zwei Dritteln (max. 4000 Euro) abzugsfähig sein. Hier geht es nicht um Privilegien für wenige, sondern um neue Chancen für Viele.

6. Bezahlbare und sichere Energie

Die ausreichende Versorgung mit sicherer Energie zu erschwinglichen Preisen gehört zu den unverzichtbaren Grundlagen einer gesicherten wirtschaftlichen Entwicklung.

Was mit uns nicht zu machen ist

Für uns haben beim Klimaschutz marktwirtschaftliche Instrumente Vorrang vor ordnungsrechtlichen Eingriffen. Wir wollen mehr Anreize, weniger Ge- und Verbote. Eine Zwangsab-

gabe von Vermietern, zur kostenintensiven Sanierung ihrer Immobilien, wird es mit uns nicht geben.

Wofür wir eintreten

Ungerechtfertigten Preissteigerungen werden wir konsequent begegnen. So müssen sich Stromerzeuger darauf einstellen, dass wir nach den Erfahrungen der Vergangenheit jede Preiserhöhung zunächst in Frage stellen und begründet wissen wollen. Die Verschärfung des Kartellrechts findet deshalb unsere volle Unterstützung. Unser Ziel ist, durch einen fairen Wettbewerb auf dem Energiemarkt die Position der Bürger als Kunden zu stärken und auch für die Betriebe eine national wie international wettbewerbsfähige Energieversorgung zu gewährleisten. Für uns bleibt die Kernenergie eine Brückentechnologie, bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Im Rahmen unserer Klimaschutzstrategie streben wir eine Laufzeitverlängerung von sicheren Kraftwerken an. Dies halten wir auch vor dem Hintergrund der Strompreisentwicklungen für geboten.

7. Bürokratieabbau konsequent vorantreiben

Eine der großen Chancen der großen Koalition ist es, beim Bürokratieabbau einen großen Schritt nach vorne zu kommen. Mit den Mittelstandsentlastungsgesetzen und der Einrichtung eines Normenkontrollrats zur Bewertung der Bürokratiefolgen von Gesetzen hat die Bundesregierung dies wie keine Regierung zuvor ins Zentrum ihrer Arbeit gestellt.

Was mit uns nicht zu machen ist

Neue Gesetze, die beschlossen werden, dürfen nicht zu einem mehr an unnötiger Bürokratie führen. Wir werden weiter darauf achten, dass die Gesetzgebung der Europäischen Union nicht überbordende Bürokratie schafft.

Wofür wir eintreten

Wir haben uns klare Ziele der Reduktion gegenwärtiger Bürokratiekosten in Deutschland gesetzt: Bis 2011 wollen wir sie um ein Viertel reduzieren; bis 2009 wollen wir die Hälfte dieses Ziels erreicht haben. Zuerst werden wir – im Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden – die 50 gesamtwirtschaftlich kostenträchtigsten Informationspflichten abbauen oder vereinfachen. Dabei werden wir stets im Auge behalten, dass die Entlastung für die

Betroffenen spürbar wirkt. Deshalb überprüfen wir in gleicher Weise bis Ende 2009 auch die weiteren wesentlichen Informationspflichten.

CDU hält Kurs auf Wachstum und Beschäftigung

Die Politik der CDU in der Bundesregierung führt zu Wachstum und Beschäftigung. Denn nur so lassen sich die Grundlagen für eine soziale und menschliche Gesellschaft dauerhaft sichern. Die CDU bleibt die Kraft der Vernunft und Motor des Handelns. Wir sind die Volkspartei der Mitte.